

KOMMENTARE

Lauterbach als Marionette

SEBASTIAN RAVIOL

Angespannt nennt Gesundheitsminister Karl Lauterbach die Corona-Lage – man könne „nicht entwarnen“. Das, was er mit den Gesundheitsministern der Länder beschlossen hat, ist aber de facto eine Entwarnung. Ab Mai müssen sich Menschen, die mit dem Coronavirus infiziert sind, nicht mehr isolieren. Sie dürfen ganz legal ohne Maske in den Supermarkt oder mit Zehntausenden ins Fußballstadion, Lauterbach hat damit offiziell das Ende der Pandemie ausgerufen – mit dem Haken, dass das Coronavirus bis Mai nicht aus der Gesellschaft gebannt sein wird. „Eigenverantwortung“ ist das große Stichwort. Die Menschen, so glauben Lauterbach und Befürworter dieses Beschlusses, werden sich schon solidarisch verhalten und im Corona-Krankheitsfall ausreichend lange zu Hause bleiben. Mit Blick auf das Verhalten so vieler Menschen in den vergangenen zwei Jahren ist das reichlich naiv. Ehrlicher wäre es, man würde weniger über „Eigenverantwortung“ reden und mehr darüber, dass man die Pandemie beenden und die Normalität ausrufen

möchte. Ab Mai wird billigend in Kauf genommen, dass sich Menschen gegenseitig infizieren. Schnellteststationen werden weggelassen, und so wird es einige unerkannte symptomfreie Verläufe geben. Das mag auf dem Weg in die Normalität helfen. Aber für Menschen jenseits der 70 Jahre oder für die mit relevanten Vorerkrankungen ändert das einiges. Sie gehören zur Risikogruppe. Auch sie wollen im Sommer wieder aktiver werden, an Veranstaltungen und dem sozialen Leben teilnehmen. Die Sicherheit, zumindest auf getestete Menschen zu treffen, wird ihnen fehlen. Und das befürwortet ein Karl Lauterbach, der die Lage als angespannt bezeichnet? Man darf sich fragen, was aus dem Mahner Lauterbach geworden ist. Er wollte weiter eine Maskenpflicht – vom Justizminister einkassiert. Er möchte eine allgemeine Impfpflicht – schon jetzt ein politisches Trauerspiel. Er klammert sich an eine Hotspot-Regelung – setzt kaum ein Bundesland um. Der Bundesgesundheitsminister wirkt in diesen Tagen nicht wie der gefeierte Experte. Aus dem Mahner Lauterbach wurde die Marionette Lauterbach.



Lassen wir das Jammern sein

SYBILLE KRANICH

Die Stimmung in Baden-Württemberg ist so schlecht wie nie. Wenn sie an die Zukunft denken, überwiegt bei den Menschen hierzulande der Pessimismus. Das will schon etwas heißen. Aber haben wir diese Schwarzseherei wirklich nötig? Der Pessimist ist ein Realist, heißt es. Zugegeben: Die Klima-Krise, Corona, der Krieg, die Kosten – die vergangenen Jahre haben uns einiges abverlangt. Realistisch betrachtet geht es uns, den Bewohnern eines der zwei reichsten Bundesländer, aber immer noch gut. Sehr gut sogar. Gemessen an den furchtbaren Dingen, die an anderen Orten dieser Welt passieren, leben wir auf einer Insel der Glückseligen. Vielleicht sollten wir uns das viel öfter ins Bewusstsein rufen. In der Ukraine kommen Zivilisten auf brutale Art und Weise ums Leben. Söldner können Millionen von Menschen müssen fliehen. Familien werden auseinandergerissen und verlieren alles. Die Bilder der Leichen, die in Büttscha auf der Straße liegen, sind unerträglich. Was beklagen wir? Steigende Preise für Benzin und Schokolade? Das ist im schlimmsten Fall unangenehm. Dafür

schwelgen die meisten von uns seit Jahren schon in großem Überfluss. Ein bewusster Umgang mit dem, was wir wirklich brauchen und dem, was wir verbrauchen, ist sicher mal ganz heilsam. Ohne eine Portion Pessimismus kann ein nachdenklicher Mensch eigentlich nicht existieren. Aber Optimismus ist per se nichts Schlechtes. Er bedeutet nicht nur Verdrängen, sondern auch: Ich nehme das Negative an und mache was draus. Das ist die gute Nachricht, die sich den jüngsten Stimmungsbarmeter Südwürttemberg größer denn je. Solidarität, Nächstenliebe und Großzügigkeit gegenüber denen, denen es schlechter geht, sind der Schlüssel zu einem positiven Lebensgefühl. Hilfsbereitschaft hilft den Helfenden. Wenn sie zum Motor der Gesellschaft wird, kann das dazu beitragen, dass wir – allen schrecklichen Bildern und Nachrichten zum Trotz – auch bald wieder mit mehr Hoffnung in die Zukunft blicken.

Mehr junge Gewaltopfer

Polizeistatistik: Die Zahl der Verbrechen im Netz nimmt zu

Von unserer Mitarbeiterin Anne-Béatrice Clasmann

Berlin. Die Kriminalitätsbelastung in Deutschland nimmt ab: 2021 ist die Zahl der von der Polizei erfassten Straftaten im fünften Jahr in Folge gesunken. Bundesweit wurden insgesamt knapp 5,05 Millionen Fälle registriert. Mit einem Rückgang von 4,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr war die Entwicklung diesmal sogar noch deutlicher als im ebenfalls von der Corona-Pandemie überschatteten Jahr 2020. In den Jahren 2014 bis 2016 hatten die Fallzahlen jeweils über sechs Millionen gelegen. „Wir sind ein sehr sicheres Land und ein starker Rechtsstaat“, sagte Bundesinnenminister Nancy Faeser (SPD). Hier hätten sich Investitionen in mehr Personal ausgezahlt. Ihr Ziel sei es, unter anderem die Kapazitäten des Bundeskriminalamtes (BKA) zur Bekämpfung des Handels mit Darstellungen sexueller Missbrauchs an Kindern und Jugendlichen zu erhöhen. Aufklärungsquote: Hier ist der mittelfristige Trend positiv. Im vergangenen Jahr hat die Polizei 58,7 Prozent aller Fälle aufgeklärt. Zehn Jahre zuvor lag die Aufklärungsquote bei 54,7 Prozent. Allerdings weist das BKA in den Anmerkungen zu seiner Statistik auf einen Zusammenhang mit dem Rückgang der Diebstahlsfälle hin.

Dennoch ist bei diesem Delikt die Aufklärungsquote generell niedrig, während sie beispielsweise beim Stalking oder beim Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte jeweils bei über 90 Prozent liegt. Gewaltkriminalität: Die Zahl der registrierten Gewaltdelikte ging im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück – um 6,8 Prozent auf 164.646 Fälle. Etwa vier von fünf Gewaltstraftaten wurden aufgeklärt. Eine Zunahme um 1,5 Prozent gab es bei Vergewaltigung, sexueller Nötigung und besonders schweren sexuellen Übergriffen. Messerangriffe: Erstmals in der Statistik ausgewiesen werden Messerangriffe. Das hatte die Innenministerkonferenz angeordnet. Für das Jahr 2021 zeigt sich: Bei 6,6 Prozent der Gewaltdelikte wurde ein Messer benutzt oder als Drohmittel verwendet. Als „Messerangriffe“ im Sinne der Statistik gelten alle Taten, bei denen der Angriff mit einem Messer unmittelbar gegen eine Person angedroht oder ausgeführt wird. Es reicht also nicht, dass ein Tatverdächtiger ein Messer lediglich bei sich führt – etwa verdeckt in der Jackentasche. Schlechte Zeiten für Einbrecher: Die Zahl der angezeigten Wohnungseinbrüche war wegen der Lockdown-Maßnahmen und Reisebeschränkungen schon 2020 rückläufig. Im vergangenen Jahr sank sie abermals – um 27,7 Prozent auf 54.236 Fälle.

Kriminalität im Internet: „Wir beobachten insgesamt eine strukturelle Veränderung der Kriminalität“, sagt BKA-Präsident Holger Münch. Seit 2015 habe sich die Zahl der von der Polizei erfassten Cybercrime-Delikte etwa verdoppelt. Im vergangenen Jahr wurden der Polizei 146.363 Fälle bekannt – obwohl die Anzeigquote in diesem Bereich niedrig ist. Kindesmissbrauch: Einen Anstieg zeigt die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2021 beim Kindesmissbrauch – um 6,3 Prozent auf 15.507 Fälle. Noch deutlicher beim Handel mit Darstellungen sexueller Missbrauchs an Kindern (plus 108,8 Prozent). Ein Grund ist die hohe Zahl von Meldungen des National Center of Missing and Exploited Children in den USA zu Delikten mit Tatorn in Deutschland. Ein weiterer Faktor ist den Angaben zufolge, dass Kinder und Jugendliche – kinder- und jugendpornografische Bilder in Gruppenchats teilen – via Whatsapp, Instagram oder Snapchat. Manchmal ohne zu wissen, dass dies verboten ist. Opfer: Obgleich 2021 weniger Straftaten verübt wurden, stieg die Zahl der Opfer im Alter unter 14 Jahren im Vergleich zum Vorjahr an. Im vergangenen Jahr wurden laut Statistik 71.931 Kinder Opfer von Straftaten. Das waren 1.925 ganz junge Opfer mehr als im Jahr zuvor.

Erstickte G9-Debatte

ELMIRA WEISENBURGER

Es war gut gemeint. Grüne und CDU wollten den Schulen – und sich selbst – eine Beruhigungsphase gönnen. Deshalb schlossen sie mit dem Koalitionsvertrag 2021 ein Stillehalte-Abkommen. Grundlegende Bildungsreformen sind tabu. Inzwischen ist klar: Die seelsche Reife, Zeit für anspruchsvolleres Lernen, Zeit für Hobbys und Entspannung. Es ist fraglich, ob die Landesregierung den Ruf nach einer neunjährigen Gymnasialzeit wirklich fünf Jahre lang ignorieren kann. Wer das G9 wiederbelebt, muss allerdings mehrere Debatten erlich führen. Wie viele Schüler will man zum Beispiel weiterhin durchs Abitur schleppen, obwohl sie nie selbstständig studieren könnten? Und wie schafft man es endlich, ab der ersten Klasse alle Arten von Talenten zu fördern: intellektuelle, handwerkliche und technische? Wer diese Fragen verbietet, verspielt wertvolle Zeit.

gaben, plus Referate und Klausurvorbereitungen. Gewiss, zahlreiche Gymnasien schaffen dies unterm Strich recht entspannt. Manche Eltern dramatisieren – oder überfordern ihr Kind am G8 schlicht. Doch mehr Zeit täte fast allen Schülern gut. Zeit für die seelsche Reife, Zeit für anspruchsvolleres Lernen, Zeit für Hobbys und Entspannung. Es ist fraglich, ob die Landesregierung den Ruf nach einer neunjährigen Gymnasialzeit wirklich fünf Jahre lang ignorieren kann. Wer das G9 wiederbelebt, muss allerdings mehrere Debatten erlich führen. Wie viele Schüler will man zum Beispiel weiterhin durchs Abitur schleppen, obwohl sie nie selbstständig studieren könnten? Und wie schafft man es endlich, ab der ersten Klasse alle Arten von Talenten zu fördern: intellektuelle, handwerkliche und technische? Wer diese Fragen verbietet, verspielt wertvolle Zeit.

Polen blockiert bei Mindeststeuer

Luxemburg (dpa). Polen blockiert ein EU-Gesetz zur Umsetzung der internationalen Mindeststeuer. „Bedauerlicherweise hat es heute keine Einigung gegeben über die Umsetzung der globalen Mindestbesteuerung in der Europäischen Union“, sagte Finanzminister Christian Lindner (FDP) nach einem Treffen der EU-Wirtschafts- und Finanzminister. „Wir waren bis auf einen Mitgliedsstaat – Polen – einer Meinung, dass dies ein großer Fortschritt ist.“ Der französische Finanzminister Bruno Le Maire, der zurzeit den Vorsitz des Finanzrats innehat, zeigte sich verärgert. Die Gründe, warum Polen das Gesetz abgelehnt habe, seien ein „Mysterium“, sagte er. „Ich möchte ihnen einfach sagen, dass wir alle technischen Bedenken der Mitgliedsstaaten beantwortet haben.“ So hätten auch Estland, Malta und Schweden letztlich keine Einwände gehabt. Auch auf die Bedenken Polens habe man reagiert. „Es muss also einen anderen Grund geben, einen Grund den ich nicht kenne“, sagte Le Maire. In Brüssel wird vermutet, dass Polen mit der Blockade die Freigabe von Geldern aus dem Corona-Hilfsfonds erpressen will. Die EU-Kommission verzögert die Auszahlung wegen Bedenken über die Unabhängigkeit der polnischen Gerichte.



Mehr Unabhängigkeit von russischen Energieimporten: Die Bundesregierung macht Tempo beim Ausbau der Windkraft an Land. Foto: Patrick Pleull/dpa

Platz für die Windkraft

Bundesregierung einigt sich auf zusätzliche Flächen

Berlin (dpa). Die Bundesregierung will in einem weiteren Schritt zusätzliche Flächen für den Ausbau der Windkraft an Land schaffen. Das FDP-geführte Verkehrsministerium sowie das Wirtschafts- und Klimaschutzministerium von Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) einigten sich darauf, technische Anlagen zu Funknavigation und Wetterradar besser vereinbar mit Windrädern zu machen. Damit sollen auch schon geplante Windenergieanlagen schneller ans Netz gehen. Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) sagte am Dienstag in Berlin, es sei gelungen, eine große Frage beim Ausbau von Windkraft zu lösen, ohne die Funktionsfähigkeit von Anlagen etwa zur sicheren Navigation von Flugzeugen zu beeinträchtigen. Habeck sprach von zusätzlich fünf Gigawatt Windenergie, was mehr als

1.000 neuen Anlagen entspreche. Ende vergangenen Jahres waren auf dem deutschen Festland rund 28.000 Windräder mit einer Gesamtleistung von 56 Gigawatt installiert. Der Bundesverband Windenergie bezeichnete die Einigung der beiden Ministerien als „echten Befreiungsschlag“ für den Zubau der Windenergie. Die Deutsche Flugsicherung teilte mit, seit 2002 seien bereits 17 Drehfunkfeuer abgebaut worden, weitere rund 20 Anlagen sollten im Rahmen der Umstellung auf Satellitennavigation bis zum Jahr 2032 folgen. Drehfunkfeuer sind Navigationsanlagen für den Luftverkehr. Der schnellere Ausbau der Windkraft an Land spielt eine Schlüsselrolle für die Bundesregierung, um Klimaziele zu erreichen.

EU-Kommission geht gegen Ungarn vor

Strasbourg (dpa). Ungarn muss sich wegen möglicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit als erstes Land einem Verfahren zur Kürzung von EU-Mitteln stellen. EU-Kommissionspräsident Ursula von der Leyen kündigte am Dienstag im Strasbourg Europaparlament an, dass ihre Behörde den ersten Schritt des sogenannten Rechtsstaatsmechanismus unternehmen werde. Darüber habe die EU-Kommission die ungarischen Behörden am Dienstag informiert.

Druck und Verlag: Badische Neueste Nachrichten Badenredaktion GmbH, Linienheimer Landstraße 133, 76149 Karlsruhe. Verleger, Herausgeber und Chefredakteur: Klaus Michael Baur. Stellvertretende Chefredakteure: Rainer Haendle, Lars Geipel. Leitende Redakteure: Tobias Roth (Themen), Daniel Stahl (Online), Matthias Kuld (Print). Verantwortlich im Sinne des Landespressgesetzes sind folgende Redakteure: Polnik, Südwürttemberg, Wirtschaft, Kultur und Sport: Mario Beltschak; Karlsruhe, Religion und Region: Christopher Töngi; Pforzheim, Bruchsal, Bretten und Haidt: Anne Weiss; Rastatt, Baden-Baden, Gaggenau, Bühl und Achern: Peter Frank; Wehrheim: Redakteure: Alexei Makartsev, Martin Ferber, Daniel Streib (Politik); Sibylle Kranich (Südwürttemberg); Dirk Neubauer (Wirtschaft); Andreas Jüttner (Kultur); Bernd Dankert, Gerhard Wolff (Sport); Florian Konrad (Sport Mittelbaden); Frank Seyen (Sport Pforzheim); Marcel Winter (Sport Bruchsal); Stefan Fötschel, Tina Gromm, Wladimir Vogt (Karlsruhe); Heidi Schulte-Walter, Rainer Oberl (Pforzheim); Michael Rudolph.